

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2008 – 2013
Datum: 18.07.11

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	16.08.2011	Ö

Verfasser: Eckhard Rickert

Amt/Aktenzeichen: 51.01.01

Antrag der CDU-Fraktion "Offene Jugendarbeit jetzt sichern"

Zielsetzung: Aufrechterhaltung aller Jugendeinrichtungen und der erfolgreichen Jugendarbeit in Ratzeburg.

Beschlussvorschlag: -Siehe Antrag CDU-Fraktion-

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Eckhard Rickert am 14.07.2011

Ralf Weindock am 14.07.2011

Bürgermeister Rainer Voß am 18.07.2011

Sachverhalt:

Der ASJS fasste am 09.06.2011 mehrheitlich folgenden Beschluss:

„Der ASJS erkennt die hervorragende Arbeit des Projektes „Gleis 21“ an und beschließt, zur mittelfristigen Finanzierung dieser Einrichtung in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils den Anteil der Aufwendungen für Gleis 21 im Verhältnis zum Gesamtbudget Jugendarbeit (Haushalt 2011 Unterabschnitte 4515, 4601, 4602, 468) von derzeit 6,51% auf 12,50% zu erhöhen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu den Haushaltsberatungen dem ASJS geeignete Vorschläge zu Einsparungen in den genannten Unterabschnitten vorzulegen.“

Zwischenzeitlich legte die CDU-Fraktion dem Hauptausschuss zu seiner Sitzung am 04.07.2011 einen eigenen Antrag zur Sicherung der Offenen Jugendarbeit in Ratzeburg vor.

Dieser, **nach Abstimmung mit der CDU- Fraktion anonymisierte Antrag** (siehe Anlage mit Deckblatt) wurde mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit von der Tagesordnung abgesetzt und an den ASJS verwiesen.

Anmerkung des Verfassers:

Die Mitglieder des ASJS erhalten zusätzlich den Antrag in Originalfassung auf dem Postwege mit der Bitte, den Inhalt hinsichtlich Namen und persönlicher Daten vertraulich zu behandeln.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Siehe Antrag.

Anlagenverzeichnis:

Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2011.

mitgezeichnet haben:

Die Behindertenbeauftragte wurde beteiligt; sie wies insbesondere darauf hin, dass die Stadt weiterhin Einfluss auf geeignete Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in den Einrichtungen behalten solle.